»Moral ist eine scharfe Waffe«

Hermann Lübke über politische Entschuldigungen und die Moralisierung unserer Gesellschaft

Christoph Ammann

Entschuldigungen haben Konjunktur, neuerdings auch in der Politik. Kaum ein Staatsbesuch, in dem nicht ein Staatsoberhaupt sich hoch offiziell für die Missetaten seines Landes entschuldigt. Was steht hinter diesem Ritual und warum boomt es gerade jetzt? *Facultativ* hat sich darüber mit dem Philosophen Hermann Lübke unterhalten, der ein Buch über das neue politische Bußritual geschrieben hat.

»We were wrong in that«

Im März 1998 bekannte Bill Clinton, damaliger Präsident der USA: »We were wrong in that.« Er bezog sich mit diesen Worten auf den Sklavenhandel und seine Folgen. »The United States has not always done the right thing by Africa.« Und dem Schuldbekenntnis folgte sogleich die Buße in Form der Ankündigung, 120 Millionen US-Dollar in neue Bildungsprogramme in Afrika zu investieren. »God bless you«, so schloss er seine Rede.

Die öffentliche Beichte, im kirchlichen Rahmen seit dem dritten Jahrhundert von der Privatbeichte abgelöst, erlebt hier eine bemerkenswerte Renaissance im Rahmen der internationalen Politik. In der Schweiz denkt man dabei unweigerlich an die Rede von Bundespräsident Kaspar Villiger zur Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg, die er am 7. Mai 1995, 50 Jahre nach Kriegsende, vor der Bundesversammlung hielt. »Es steht für mich außer Zweifel, dass wir mit unserer Politik gegenüber den verfolgten Juden Schuld auf uns geladen haben«, so Villiger wörtlich. Und er konkretisierte dies unter Bezugnahme auf die von Schweizer Seite geforderte Einführung des Judenstempels: »Wir haben damals im allzu eng verstandenen Landesinteresse eine falsche Wahl getroffen. Der Bundesrat bedauert das zutiefst, und er entschuldigt sich dafür, im Wissen darum, dass solches Versagen letztlich unentschuldigbar ist.«

Gefragt nach der Einschätzung dieses Phänomens, erwähnt Lübke positive und negative Seiten. Zu den positiven Aspekten zählt er die lückenlose Aufarbeitung der historischen Fakten, in deren Zusammenhang die neue Bußpraxis gesehen werden muss. Die Aufarbeitung der Vergangenheit rückt in ein neues Licht, wird doch durch

das neue Ritual zum Ausdruck gebracht, dass »Vergangenheitsaufarbeitung eine friedensfördernde, versöhnungstiftende Bedeutung haben kann«. Eine Erfahrung, die – wie Lübke anmerkt – im christlichen Kontext in der »Erfahrung der Beichte« ihre Entsprechung hat. Das politische Bußritual zeigt eine Hinwendung zur Vergangenheit an, die sich auch am Boom der Geschichtswissenschaft ablesen lasse. »Die Bereitschaft zur Kenntnis zu nehmen, wie es wirklich war, ist so groß wie nie zuvor. Die Beine der Geschichtslügen werden kürzer«, bemerkt Lübke nicht zuletzt mit Blick auf die Massenmedien.

Und worin sieht er die prekären Aspekte der neuen Praxis? Einmal in der Gefahr der Ausbeutung von Entschuldigungen: »Wer sich entschuldigt, erniedrigt sich, und er tut dies in der Hoffnung, dadurch erhöht zu werden. Was aber für die Beichte Gott gegenüber – so hoffen und erwarten wir – Gültigkeit hat, gilt so nicht »hienieden«. Es wird einem unter Umständen ewig vorgehalten, was gerade abgeschlossen werden sollte.« Oder die Beichte wird postwendend mit teils horrenden und schuldrechtlich gar nicht mehr validierbaren Entschädigungsforderungen beantwortet, was ebenfalls eine Instrumentalisierung der Bußfertigkeit darstellt. Aber Lübke betont, dass die Entschuldigung auch von der anderen Seite her instrumentalisiert werden kann: So können Entschuldigungen zum »Erweis der eigenen moralischen Untadeligkeit« missbraucht werden, »gerade weil das Schuldbekenntnis ein so anspruchsvoller moralischer Akt ist.« Und Lübke hegt die Vermutung, wonach in vielen Fällen öffentlicher Schuldbekenntnisse auf die Erlangung »moralischer Privilegien« spekuliert wird.

Wie schwierig die Beurteilung eines Entschuldigungsakts in der Praxis ist, kann ein Blick auf Clintons Entschuldigung gegenüber den schwarzafrikanischen Völkern zeigen. Sie ist – je nach Perspektive – in der einen oder anderen Hinsicht problematisch. Für die einen – auch für Hermann Lübke – sind die Reparationsforderungen radikaler Schwarzenorganisationen abstrus und willkürlich, für andere sind Clintons Worte den schalen Beigeschmack eines Versuchs, die Sache für die USA nicht zu teuer werden zu lassen. Wie man die Sache auch beurteilen mag: Die Frage von Reparationszahlungen für Schwarze jedenfalls ist noch lange nicht vom Tisch. Dies hat die UNO-Konferenz gegen Rassismus in Durban eindeutig gezeigt.

Zivilreligion

Die politische Bußpraxis hat unübersehbar eine religiöse Dimension. Im Falle Clintons ist dies offensichtlich, und an die religiösen Töne aus dem Mund amerikanischer Präsidenten hat man sich gewöhnt. Sein Nachfolger steht ihm – wenigstens diesbezüglich – keineswegs nach. So zitierte er in einer der ersten Reaktionen auf die Terroranschläge aus dem 23. Psalm und lud die Menschen vor laufender Kamera zum Gebet ein. Aber auch hier zu Lande finden sich zivilreligiöse Anklänge in Äußerungen von Politikern, wenn auch weniger pathetisch und explizit. So etwa, wenn Villiger von einer Schuld spricht, die »letztlich unentschuldbar« ist, und damit die Gewissheit anklingt, dass Vergebung von Schuld in letzter Hinsicht nicht in der Macht von Menschen steht.

Diese religiösen Anklänge sind es, die Lübke dazu führen, das neue politische Bußrituale zur Zivilreligion zu zählen. Unter diesen Begriff fallen für ihn jene Bestandteile religiöser Kultur, die zwar in organisierten Religionsgemeinschaften ihren Ursprung haben, sich aber von diesem Ursprung institutionell emanzipiert haben und nun zu einem Bestandteil der öffentlichen Kultur geworden sind. Die Nennung Gottes in der Präambel der Bundesverfassung ist dafür ein beliebtes Beispiel. Und der zentrale Inhalt dieser »Zivilreligion«, so könnte man verkürzt sagen, ist das Wissen um die Begrenztheit der menschlichen Handlungsmöglichkeiten. Nicht alles steht in der Verfügungsgewalt des Menschen.

Vor diesem Hintergrund wird klar, weshalb Lübke im Entschuldigungshandeln ein sprechendes Beispiel zivilreligiöser Kultur sieht. Denn im Kern dieses Rituals geht es um das Eingeständnis menschlicher Schuld im Wissen darum, dass die Versöhnung nicht allein in ihrer Hand steht. Schuld kann zwar eingestanden, aber nicht wieder gut gemacht werden. Im neuen politischen Entschuldigungsritual wird so etwas vom Wissen darum weitergegeben, dass »hienieden« die Waage von Schuld und Buße nie ganz ausgeglichen sein wird. Auch menschliche Gerichte stoßen da an ihre Grenzen, es bleibt nur der Gedanke eines »Jüngsten Gerichts«.

Nicht Wertzerfall, sondern Moralisierung!

Der Zeitanalytiker Lübke interessiert sich für die neue politische Bußpraxis aber nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch als

Indiz für einen allgemeinen Moralisierungsvorgang unserer Gesellschaft. Auf die naheliegende Gegenfrage, ob wir nicht vielmehr in einer Zeit des Wertezerfalls und der Erosion elementarer moralischer Normen lebten, gibt Lübbe eine interessante Antwort: »Klagen über Moralverfall sind stets aktuell – also auch heute. Das ist nichts Neues. Neu ist vielmehr, dass nicht Moralzerfall, sondern Moralisierungstendenzen die moderne Zivilisation prägen.«

Und er lässt der These sogleich Beispiele folgen: »Noch nie war der Unterschied zwischen gesund und krank so sehr von moralischen Faktoren mitbestimmt wie heute. Noch nie zuvor in der Geschichte wurde so viel Geld ausgegeben für behinderte Menschen wie heute.« Und auch die Häufigkeit, mit der sich Personen des öffentlichen Interesses für persönliche Skandale und Affären entschuldigen müssen, mag zeigen, dass der Stellenwert von Moral im öffentlichen Leben zugenommen hat – den Klagen mancher zum Trotz.

Die Tatsache, dass »die Menge der Möglichkeiten, sich unmöglich zu machen« – daran bemisst sich für Lübbe die real existierende Moral – noch nie so groß war wie in unserer Gesellschaft, hat aber für Lübbe eine Reihe von problematischen Folgen. Denn »die Moral ist eine überaus scharfe Waffe«, die zudem »nicht prozessförmig, sondern direkt und unmittelbar geführt wird«. Will heißen: Noch nie war es so einfach wie heute, Personen mit Hilfe der Massenmedien an den Pranger zu stellen und persönlich zu disqualifizieren. Wehe dem, der in die Fänge der »Correctness-Wächter« gerät. Er wird aller Rechte des Persönlichkeitsschutzes zum Trotz nicht ungeschoren davon kommen. Das wirksamste Instrument gegen dieses gemeinschaftszerrüttende »Correctness-Wächtertum« ist für Lübbe, abgesehen von einem gut ausgebauten System von Persönlichkeitsrechten, das Tun der Moralapostel selbst moralisch zu disqualifizieren und für mehr »moralische Diskretion« in der Öffentlichkeit einzustehen. Aus theologischer Sicht – so ist über Lübbe hinaus anzumerken – wäre auch an die reformatorische Unterscheidung von Person und Werk zu erinnern, denn wo Menschen mit der Waffe der Moral unmöglich gemacht werden, ist jeglicher Sinn für diese Unterscheidung verloren gegangen.

Die Moral als Kehrseite der Freiheit

Aber wodurch wurde der Moralisierungsvorgang, dessen Auswuchs ein unkontrollierter Correctnesseifer darstellt, überhaupt möglich gemacht? Warum macht sich Moral gerade in unserer Zeit so breit?

»Weil Moral um so nötiger ist, je freier wir leben«, könnte man Lübkes Antwort verkürzt wiedergeben. Und er verweist zur Untermauerung seiner These auf statistische Fakten: Die durchschnittliche Lebenserwartung ist (zumindest in den westlichen Industrienationen) doppelt so hoch wie vor zweihundert Jahren. Gleichzeitig ist im selben Zeitraum der Anteil von Zeit, den Menschen in beruflicher Arbeit verbringen, um die Hälfte zurückgegangen. Noch nie zuvor hatten Menschen im Laufe ihres Lebens so viel Zeit, über die sie (grundsätzlich) frei verfügen konnten. Der Spielraum der Selbstbestimmung war – in quantitativer Hinsicht – noch nie so groß wie heute. Menschen verbringen so immer mehr Zeit selbstbestimmt, so dass der Bedarf an Regeln zunimmt, die diese Selbstbestimmung in geordnete Bahnen lenken. Und nichts anderes als diese »Regeln lebensdienlicher Selbstbestimmung« sind für Lübke Moral. »Moral ist eine überaus nützliche Sache«, wie Lübke lakonisch anfügt, und wir brauchen sie, um den Missbrauch von Freiheit einzudämmen und aus Freiheit gutes Leben zu machen.

Hinzu kommt ein anderes: »Unsere moralischen Ansprüche werden immer subtiler, je höher die Wohlfahrt steigt.« Man mag hier an die Sensibilität in ökologischen Fragen denken, die für Lübke in gewisser Hinsicht ein Wohlstandsphänomen darstellt. Abzulesen ist dies daran, dass Fragen des Umweltschutzes in Zeiten wirtschaftlicher Krisen auch in der Schweiz auffällig rasch von der politischen Tagesordnung verschwinden. Ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten, den Raubbau an der Umwelt in anderen, ärmeren Regionen der Welt einzudämmen.

Aber ein Drittes kommt hinzu: Wir sind zwar, was unsere arbeitsfreie Zeit angeht, so frei wie nie zuvor. Der Spielraum unserer Selbstbestimmung ist in dieser Hinsicht ungleich größer als vor 200 Jahren. Allerdings ist dies nur die halbe Wahrheit: Wir sind gleichzeitig auch abhängiger als unsere Ahnen in vorindustrieller Zeit. Unsere Abhängigkeit von anderen Menschen ist die Kehrseite des Wohlstands. Seien es Politikerinnen, Bäcker oder Banker – wir müssen uns auf sie verlassen können. Wir haben ein vitales Interesse

daran, dass ihr Tun zuverlässig ist. Nur so bleibt uns unsere Wohlfahrt erhalten. Auch dies ist für Lübke ein Modernisierungsvorgang: »Je großräumiger unsere Abhängigkeiten werden, um so schärfer werden unsere Ansprüche auf Solidität der Leistung der jeweils anderen.« Und – so könnte man nach dem 11. September 2001 anfügen – entsprechend groß die Abscheu und die Verunsicherung, wenn elementare moralische Regeln vor den Augen einer vor den Fernsehschirmen sitzenden Weltöffentlichkeit verletzt werden.

Das Gespräch mit Hermann Lübke, auf dem obiger Text basiert, führten Dr. Stefan Grotefeld, Oberassistent am Institut für Sozialethik, und Christoph Ammann.

Das Buch zur Thematik: Hermann Lübke, »Ich entschuldige mich«. Das neue politische Bußritual, Siedler-Verlag Berlin 2001, 139 S.

— Christoph Ammann (VDM) ist Assistent für Öffentlichkeitsarbeit an der Theologischen Fakultät.